

# DARMSTADT Links

**DIE LINKE.**  
DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 06151/66 90 310 FAX: 06151/66 90 533

## INHALT

### SEITE 2

Fehlerhafte Magistratsvorlage  
Fortsetzung Seite 1  
Ernst-Ludwig-Park  
ICE in Darmstadt gesichtet

### SEITE 3

56 Millionen- Das Nord Ost- Leiden  
Zollrazzia am Klinikum  
Schepp ist nicht nur die Schachtel

### SEITE 4

HARTZIV und die Schulkosten  
Berufsfeuerwehr in Darmstadt

## LINKS GEDACHT

### Darmstädter Tafel

Die Darmstädter Ampelkoalition hat das Sparen entdeckt. Der Magistrat zeigt hier wieder einmal anschaulich was er unter Transparenz und Bürgerbeteiligung versteht. Die von den Kürzungen betroffenen Menschen und Organisationen haben teilweise versucht Gespräche mit den Stadtverantwortlichen zu führen – oft gab es nicht mal eine Reaktion. Die gewählten Stadtverordneten erfahren konkrete Maßnahmen wiederholt erst aus der Presse. Die Darmstädter Tafel hat mit steigenden Besucherströmen zu kämpfen und ist räumlich und personell in einer schwierigen Situation – dank Agenda 2010 und Hartz IV. Wir erwarten vom Magistrat eine Beibehaltung und Ausweitung der städtischen Zuschüsse für dieses sinnvolle Projekt und endlich ernsthafte Bemühungen um einen anderen, größeren Standort.



# Städtischer Haushalt Blut und Tränen

**Schwierige Haushaltslage** - Haushalt 2008 wird erstmals in doppischer Form vorliegen

von Rainer Keil

Dass die Haushaltslage der Stadt Darmstadt schwierig ist, ist weder neu noch ein Geheimnis. Das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt hat jetzt den Haushalt 2007 genehmigt, allerdings mit erheblichen Auflagen. So ist das Defizit im Verwaltungshaushalt bis Ende des Jahres von 33,7 Millionen Euro auf 17 Millionen Euro zu reduzieren. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept ist vorzulegen. Stellenbesetzungssperre, keine Schaffung neuer Stellen und Abbau auflertariflicher Leistungen sind weitere Punkte in der Genehmigungsverfügung des RP.

Die Stadt hat zunächst eine 10-prozentige Haushaltssperre verfügt. In öffentlichen Statements haben OB Hoffmann und Kämmerer Glenz (beide SPD) schon drastische Sparmaßnahmen angekündigt. Im Mittelpunkt stehen Bäder und Freizeiteinrichtungen, freiwillige Leistungen der Stadt sollen auf den Prüfstand

### Stadt hält an Großprojekten fest

Wenig Kreativität lassen die Stadtvorderen beim Sparen an Groß- und Prestigeobjekten erkennen. Trotz dramatischer Haushaltslage und Sparverfügung des RP werden an Renommierprojekten keine Abstriche gemacht. Die geplante Nordostumgehung wird die Stadt 56 Millionen Euro kosten. Die Anbindung mit einem unsinnigen ökologisch katastrophalen Bypass wird weitere Millionen kosten. Das Darmstadtium wird die nächsten Jahre jährliche Folgekosten produzieren, die sich zwischen 1,5 Millionen und 2,5 Millionen Euro jährlich bewegen dürften.

### Ausgeglichener Haushalt?

Trotz der oben geschilderten Tatsachen scheint bei der Darmstädter Ampelkoalition der Optimismus nicht auszugehen. Da wird von ausgeglichenen Haushalten fabuliert. Die FDP, in der Opposition jahrelang Dauernörgler und Spezialist für Personalabbau, sieht Darmstadt plötzlich auf einem gu-



NEUBAU: Darmstadts neues Hotel vor dem Hörsaalgebäude der TU Darmstadt

ten Weg. Und überhaupt, woanders ist alles viel schlimmer!

An der letzten Aussage ist sicher was dran, Haushaltsdefizite sind kein Darmstädter Phänomen. Die Lage der bundesdeutschen Städte und Kommunen ist mehr als angespannt.

Es gelingt nur noch wenigen Städten und Gemeinden, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Schulden der bundesdeutschen Kommunen sind auf 87 Milliarden Euro angewachsen, die Höhe der Kassenkredite auf 28 Milliarden Euro. Das gebetsmühlenartige Argument der Entlastung der Kommunen durch Einführung von Hartz IV hat sich mittlerweile in Luft aufgelöst. Eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen verdient, ist nicht in Sicht.

Das hat unsere Fraktion schon mehrfach veranlasst, die Stadtverordnetenversammlung zu einer politischen Aussage zu bewegen. Das letzte Mal bei den Beratungen des Nachtragshaushaltes 2006 mit folgender Resolution:

Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt fordert Bundesregierung und Bundestag, sowie Landesregierung und Landtag des Landes Hessen auf,

umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden nachhaltig zu verbessern. Eine Gemeindefinanzreform ist dringend von Nöten.

Es bedarf einer umfassenden Reform, um die Schiefelage der kommunalen Finanzausstattung dauerhaft und nachhaltig zu überwinden. Dabei geht es primär um mehr Stabilität und Planungssicherheit für die Kommunen und sekundär um nominal höhere gemeindliche Einnahmen. Eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen ist zu sichern, Kommunen sind dauerhaft aus ihrer Bittstellerrolle zu befreien.

Die Resolution wurde auf Antrag der SPD mit Nichtbefassung beschlossen bei Zustimmung aller etablierten Parteien. Verwundern muss das nicht wirklich: Sind es doch Vertreter der Parteien, die es schon jahrelang nicht schaffen, auf Bundes- und Landesebene eine vernünftige Kommunalfinanzreform auf den Weg zu bringen.

Beispiel gefällig? Die Stadt Darmstadt hat im Bereich Soziales Ausgaben in Höhe von 99 Millionen Euro dank Bundesgesetzen wie der Arbeitsmarktreform Hartz

IV. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 18 Millionen gegenüber. So vorgetragen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September 2007 vom zuständigen Stadtrat Jochen Partsch dessen grüne Partei für die Agenda 2010 mitverantwortlich zeichnet.

Städte und Kommunen erhalten unter 14 Prozent der Gesamtsteuermittel, müssen aber den Großteil der Ausgaben und Investitionen stemmen. Wer an diesem Missverhältnis nichts ändert, sollte über ausgeglichene Haushalte schweigen.

### Zauberwort Doppik mehr Transparenz?

Immer mehr Kommunalpolitiker sehen sich zur Zeit mit dem Problem der Umstellung des kommunalen Haushaltsrechts von der Kameralistik hin zur Doppik konfrontiert. So auch Darmstadt. Der Haushalt 2008 wird erstmals in doppischer Form vorliegen. Doppik ist ein Kunstwort aus der Betriebswirtschaftslehre. Die Abkürzung steht für die kaufmännische DOPPELte Buchführung in Konten. Das neue Haushaltsrecht soll alle Abschreibungen von Kommunalvermögen ausweisen. Neben

FORTSETZUNG SEITE 2

## Fortsetzung Seite 1

verschiedenen Wirtschaftsplänen (Erfolgsplan, Vermögensplan, Finanzplan, Produktplan, Stellenplan) wird eine Ergebnisrechnung und eine Bilanz aufgestellt. Die Begründungen für die Einführung des neuen Haushaltsrechts sind vielfältig und an sich schon entlarvend. Als Ursache sieht zum Beispiel der Bund der Steuerzahler die kommunale Haushaltskrise Anfang/Mitte der 90-er Jahre. Aspekte dieser Krise seien steigende Sozialhilfezahlungen, ausufernde Personalhaushalte, explodierende Kommunalverschuldungen. Das neue Steuerungsmodell hat seinen Ursprung in der Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte, einer ständig steigenden Staatsquote, der Wahrnehmung einer mangelhaften Ergebnis- und Prozessqualität in der öffentlichen Verwaltung und einer unzureichenden Kundenorientierung. (aus: [www.doppik-hessen.de](http://www.doppik-hessen.de)) Im Schatten der Doppik-Einführung tummeln sich die Apologeten von freier „Marktwirtschaft“ und Privatisierung. Die Kommunen müssten effektiv und kostenorientiert sein, flexibler arbeiten - hin zu einem Dienstleistungsunternehmen. Der Konzern „Kommune“ wird Wirklichkeit. Für Daseinsvorsorge ist da kein Platz, sie wird durch das Profitprinzip abgelöst.

## Haushalt transparenter?

Der doppische Haushalt wird nicht wie angekündigt transparenter. Weder für Bürgerinnen

und Bürger noch für Stadtverordnete, Stadträte und Gemeindevertreter. Schon die „Eröffnungsbilanz“ wurde in den Kreisen und Städten, die bisher auf das neue Haushaltsrecht umgestellt haben, nicht immer erstellt. In Darmstadt wurde sie für Oktober 2008 angekündigt - frühestens. Das für „Berichtswesen“ bei der Doppik-Umstellung in Hessen sieht für die Öffentlichkeit und die Mandatsträger einen Quartalsbericht vor. In der Praxis findet dies aber kaum statt. Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten sind nur sehr beschränkt möglich. Es wird in Zukunft sehr viel schwerer werden, Kürzungen im sozialen oder kulturellen Bereich zu entdecken und öffentlich zu machen.

## Bürgerhaushalt für Darmstadt

Wie oben beschrieben wird der doppische Haushalt keine höhere Transparenz bringen. Auf der anderen Seite ist es ein berechtigtes Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu wissen für was ihr Geld ausgegeben wird und in letzter Konsequenz auch darüber mitzubestimmen. Aus diesem Grund hat unsere Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag ins Stadtparlament eingebracht:

## Der Magistrat wird beauftragt, 1. eine Arbeitsgruppe

zum Thema Bürgerhaushalt der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu bilden. Sie soll aus Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen, des Magistrats, der

Kämmerei und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern bestehen. Die Arbeitsgruppe soll Erfahrungen aus bereits durchgeführten Modellprojekten (für Stadt oder kommunale Bürgerhaushalte) analysieren, auswerten und nutzbar machen.

**2. Die Arbeitsgruppe** legt der Stadtverordnetenversammlung bis Mitte 2008 einen Ablaufvorschlag für die Einführung eines städtischen Bürgerhaushaltes ab dem Haushaltsjahr 2009 vor.

**3. Aus dem Entwurf** des Haushaltplanes 2008 ist eine lesbare (bürgerfreundliche, aber auch internetfähige) Kurzform mit Befragungsteil zu erarbeiten und an alle Darmstädter Haushalte zu versenden.

Im Sommer diesen Jahres ließ die Darmstädter SPD über die Presse verlautbaren sich für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung einsetzen zu wollen. In der Stadtverordnetenversammlung am 04.10.07 wurde unser Antrag auch mit den Stimmen der SPD abgelehnt. Es wurde zum wiederholten Male deutlich: Sonntagsreden in der Presse - konkrete Schritte hin zu mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung: Fehlangezeige.

## UNSERE MEINUNG

*Einen kleinen Erfolg konnten wir dennoch verbuchen: Stadtkämmerer Glenz stellt für Mitte nächsten Jahres einen lesbaren Haushalt für Darmstadt in Aussicht. Wir werden sehen, ob auch das nur unter Sonntagsrede zu verbuchen ist.*

M Fehlerhafte  
Magistratsvorlage

## zur Preiserhöhung der Schwimmbäder

von Karl Heinz Böck

**In der Stadtverordnetenversammlung im Mai diesen Jahres beschloss man mehrheitlich, die Eintrittspreise der städtischen Schwimmbäder um rund 30% zu erhöhen. Als Begründung gab man vor, dass die letzte Erhöhung im Jahre 1994 stattfand und die Preise nun an die allgemeine Entwicklung angepasst werden müssten.**

Die zu beschließende Magistratsvorlage beinhaltete auch eine Gegenüberstellung der Preise seit 1994 und der nun zu beschließenden Preise ab Juli 2007. Hier schlich sich nun der Fehlerteufel ein. Die alten Woogpreise wurden in der Liste komplett falsch dargestellt. So wurde zum Beispiel der Preis der Einzelkarte seit 1994 mit 2,00 EU angegeben, tatsächlich lag dieser aber bei 1,80 EU und sollte nun, ab Juli 2007, 2,50

EU betragen. Ein weiteres Beispiel ist die Zehnerkarte für Erwachsene. Die sollte ab Juli 23,00 EU kosten, in der Liste war sie seit 1994 mit 18,00 EU angegeben, der wahre Preis lag aber bei 15,00 EU. Diese Aufzählung könnte man nach Belieben fortsetzen, da sich die falschen Preise für den Woog über die komplette Eintrittspreisliste spannten. Die durchaus beliebte Saisonkarte nur für den Naturbadese Woog entfiel ganz.

Daraus ergab sich für den Woog eine Preiserhöhung von rund 60%. Dies veranlasste uns, einen Antrag zur Stadtverordnetenversammlung am 13. September einzubringen, der beinhaltete, die Erhöhung zumindest teilweise zurückzunehmen. Als erste Reaktion darauf war im Darmstädter Echo von Herrn Bürgermeister Glenz zu

lesen "an der Erhöhung ist nicht zu rütteln". Die Einsicht eine inhaltlich falsche Magistratsvorlage beschlossen zu haben, war also nicht sehr groß.

In der Stadtverordnetenversammlung im September kam nun unser Antrag zur Beratung. Hier bat uns Oberbürgermeister Hofmann unseren Antrag in die Geschäftsordnung zu geben, d.h. es soll eine neue Magistratsvorlage erarbeitet werden. Nach kurzer Diskussion stimmten wir dem Anliegen zu.

## UNSERE MEINUNG

*Nun gilt es abzuwarten, was diese Magistratsvorlage beinhaltet. Einer Erhöhung im alten Umfang von 60% können wir allerdings auch in Zukunft nicht zustimmen. Der Woog muss ein Freibad bleiben, das sich auch Menschen mit kleinerem Geldbeutel leisten können.*



## Ernst-Ludwig-Park

## Über die Köpfe hinweg

von Sigfried Öttmeier

Wo bis vor wenigen Jahren nur wenige Darmstädter hinkamen, ist ein neues Viertel entstanden. Aus der Ernst-Ludwig-Kaserne an der Eschollbrücker Straße wurde der "Ernst-Ludwig-Park", in Wirklichkeit ein nach der Methode Länge mal Breite mal Euro eng bebautes Areal. In der Mitte ein Platz, der eine Grünanlage werden sollte. Nun ist er nach dem Willen der Investoren eine Betonwüste geworden. Niemand, der hier verweilen mag. An den wenigen Bäumchen in ihrem Pflanzkäfig mögen nicht mal Hunde ihr Bein heben. Kinder spielen lieber gegenüber in den Versickerungsmulden, weil da Gras grünt.

Die Anwohner sind zornig, weil eine Grünfläche versprochen war. "Grün ist nicht immer gleich grün", war die

Antwort städtischer Vertreter. Die Bäume sind schuld, weil sie so langsam wachsen. Aber schließlich sollte der Platz mal so schön werden wie der Platanenhain auf der Mathildenhöhe. Aber das gepriesene Boule-Spiel wird hier, am Ollendorffplatz, niemand ausüben.

Dies ist das erste Kasernengelände Darmstadts, das in ein Wohngebiet umgewandelt wurde. Es hätte auch andere Möglichkeiten gegeben. Die Kaserne war saniert, die Heizungen intakt. Die Stadt braucht dringend Sozialwohnungen. Statt dessen hat sie abgerissen und sich über Tochterfirmen als Investor betätigt. Und die haben nur an Eigentumswohnungen denken können. Aber dabei haben die Lohnplaner über die Köpfe hinweg geplant.



ERNST-LUDWIG-PARK: „Grün ist nicht immer gleich grün“

ICE in Darmstadt gesichtet  
Bye, bye, Bypass

von Werner Krone

**Nach dem Darmstadtium wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben: der ICE-Halt. Ist er allein doch Garant künftigen Wohlstandes. Dabei gehen schon jetzt Tag für Tag vom Hauptbahnhof 12 ICE-Züge und 38 Intercitys ins Land. Bloß haben das offensichtlich noch nicht alle mitbekommen. Sonst wären nicht unsere Lokal-Politiker versessen darauf, unsere grüne Lunge Westwald auf dem Altar des "Prestiges der Region" zu opfern, für eine Trasse, deren Nutzen absurd ist.**

Wichtiger als Prestige ist es, die Zugverbindungen zu verteidigen, die es jetzt gibt: nach Hamburg, Salzburg, Karlsruhe und Saarbrücken, alles ohne Umsteigen! Bahnchef Mehdorn will die Bahn privatisieren. Die beliebten Interregios hat er schon abgewürgt. Wenn er erst den Aktionären und nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet ist, werden wir unser blaues Wunder erleben. Dies aber auch Oberbürgermeister und Landräte, für die Handschlag und Versprechen bis jetzt noch was gelten. Die Bypass-Strecke mit 2 Zügen je Stunde wird hoch defizitär sein. Sie wird dem Bund zur Last fallen. Das Börsenunternehmen Deutsche Bahn wird aber alles dazu tun, sich von Schulden frei zu putzen.

Darmstadt liegt im Rhein-Main-Gebiet.

Genau wie es nur einen zentralen Flughafen gibt, sollte der ICE von Köln nach München nur einen Regelhalt haben. Aus Darmstadt muss man dann dorthin, wie von Frankfurt, Wiesbaden oder Mainz auch. Wer von einer Region Darmstadt faselt, dessen Denken endet bei Bayerseich (hier verliert südlich Egelsbach die Landwehr).

Wenn schon einige ICE-Züge Wiesbaden und Darmstadt bedienen, können sie auch wie bisher die Main-Neckar-Bahn befahren. Denn sie sind ohnehin dann keine "Premium-Züge" mehr, und so können sie auch noch in Heidelberg halten. Diese Universitätsstadt liegt ebenfalls abseits der geplanten ICE-Neubaustrecke. Wie viele andere Städte auch.

Vor Jahren schlug der Blitz im Stellwerk Zwingenberg ein. Nun können Züge auf dem dortigen Bahnhof nicht mehr überholt werden, weil 2 Millionen Euro fehlen.

## UNSERE MEINUNG

*Bei einer Befragung gaben Darmstädter Unternehmen und Behörden an, bei einem ICE-Halt in Darmstadt würden 0,3 Mitarbeiter im Monat auf Dienstreise gehen. Jeder Bahnpendler geht durchschnittlich aber 18 Mal im Monat morgens und abends auf Achse.*

**Was also in aller Welt soll der Bypass ?**

# 56 Millionen

## Das Nordost-Leiden

von WERNER KRONE



Während Schulen saniert werden müssen, nun auch Darmstadts Bäder und Turnhallen zum Teil als „marode“ bezeichnet werden, werden weiter Straßen und Tunnel geplant wie bisher. So wird auch die so genannte Nordost-Umgehung weiter betrieben. Als eine Vorausleistung hierzu sind die Bauarbeiten am Carl-Schenck-Ring im Gange. An der Einmündung in die Gräfenhäuser Straße soll ein Knoten entstehen, der bei Nebel Leuchtfeuer erfordert, so breit soll er werden. Der Carl-Schenck-Ring soll mit einer Brücke über die Frankfurter Straße setzen. Einschließlich Begleitmaßnahmen soll die Nordost-„Umgehung“ die Stadt je nach Fördermitteln 41 bis 56 Millionen Euro kosten.

Doch schon plant Stadtbaurat Wenzel eine neue Tat: die Westumgehung. Sie

soll sich hinter der Waldkolonie, hinter der Telekom-Stadt, durch den Westwald fräsen. Der ist ohnehin überwiegend schon verdurstet.

So wird eine üppige Garage gebaut, während das Wohnhaus verfällt: Neben Schulen und Sportstätten sind auch viele Straßen der Stadt marode. Wer sehenden Auges vor allem durch Wohnstraßen geht, sieht die vielen Flickstellen, mit Asphalt verschmierter Pflaster, sogar denkmalwürdiges Kleinpflaster zerfällt. Unsichtbar unter den Straßen sind ganze Kanalabschnitte längst verdrückt, durchwurzelt und sanierungsbedürftig.

Die Straßen-Neubauten und der Nordost-Tunnel passen nicht in eine sich dem Klimawandel stellende Welt. Darüber hinaus haben wir eigentlich für so etwas einfach kein Geld.



# Zollrazzia

## am Klinikum

Alles ordnungsgemäß?

von RAINER KEIL

**Nach der Zollrazzia auf der Baustelle des Klinikums Ende Juli 2007 erklärte die Stadt Darmstadt laut Presseberichten, dass sich die beauftragte Baufirma vertraglich zur Zahlung von Mindestlöhnen verpflichtet habe. Es wurde auch berichtet, dass laut Aussage des Magistrats „alle Aufträge in ordnungsgemäßen und üblichen Ausschreibungsverfahren vergeben“ wurden. Dadurch seien die Unternehmen auf die geltenden Tariflöhne verpflichtet worden.**

### HINTERGRUND

35 Beschäftigte einer rumänischen Werkvertragsfirma hatten auf der Baustelle des städtischen Klinikums die Arbeit niedergelegt. Sie hatten seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten. In den rund 50 Millionen Euro teuren Neubau sollen Kardiologie, Gastroenterologie, Nephrologie, Onkologie und Angiologie einziehen.

Nach Angaben des Zollamtes wurde nicht einmal die Hälfte des vorgeschriebenen Mindestlohns von 12,40 Euro pro Stunde gezahlt.

Unsere Fraktion hat die Ereignisse um die Zollrazzia auf der Baustelle des Klinikums zum Anlass genommen, um die Ausschreibungs- und Vertragsregularien sowie die rechtlichen Möglichkeiten des Magistrats zu hinterfragen. Im Einzelnen wollten wir wissen:

**1. Wurden die Unternehmen zur Zahlung von Mindestlöhnen laut Entsendegesetz verpflichtet, oder bezieht sich die Aussage auf tariflich vereinbarte Löhne?**

**2. Bezieht die Verpflichtung auch Subunternehmen und Subunternehmen von Subunternehmen mit ein?**

**3. Welche Konsequenzen können Verstöße gegen die Vereinbarung haben? Sind Vertragsstrafen vereinbart?**

Ist eine Kündigung des Vertrags möglich?

**4. Wird bei allen städtischen Vergaben eine entsprechende Tariftreueklausel in die Verträge aufgenommen? Wenn nicht, in welchen Fällen?**

**5. Welche Möglichkeiten hat die Stadt in Erfahrung zu bringen welche Subunternehmer auf städtischen Baustellen tätig sind? Welche Erfahrungen gibt es?**

**6. Welche Möglichkeiten hat die Stadt die Abführung von Steuern und Sozialabgaben durch Unternehmer und Subunternehmer zu kontrollieren, wer führt diese Kontrollen durch und welche Erfahrungen gibt es?**

### Antwort der Stadt

Laut dem zuständigen Dezernenten Dierk Molter muss jeder Bieter erklären, dass er neben der Erfüllung seiner steuerlichen und sozialen Verpflichtungen auch den Verpflichtungen der Tarifordnungen nachkommt. Auch darf der Bieter keine Leistungen an Nachunternehmer vergeben, wenn dieser seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt - dazu gehört die Einhaltung der Mindestentgeltsätze. Jeder Ausschreibung sei ein Formblatt „Tariftreueerklärung“ beigefügt, das zu unterschreiben sei.

### UNSERE MEINUNG

Also alles in Ordnung in Darmstadt? Zweifel sind angebracht. Wie hätte es sonst zu den Ereignissen beim Klinikum kommen können? Wir werden die Antworten der Stadt einer eingehenden Prüfung unterziehen. Der vollständige Text der Anfrage sowie die Antwort der Stadt finden Sie im Internet unter

[www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de) zu erhalten.

# Schepp ist nicht nur die Schachtel

Über die schiefen Winkel des neuen Darmstädter Prestigeobjekts



von Uli Franke

**Über die schiefen Winkel des neuen Darmstädter Prestigeobjekts wird viel diskutiert und zwar keinesfalls nur kritisch.**

Die Architektur der „Schachtel“ für sich spricht ja durchaus viele Darmstädterinnen und Darmstädter an. Auf der Straße oder am Kneipentisch fragt man sich allerdings, ob das „Gesamtkunstwerk“ östlich des Schlosses wirklich so funktionieren wird wie die Planer und Erbauer glauben. Denn können die Neubauten wirklich dazu beitragen, „die Trennung zur City aufzuheben“, wie TU-Kanzler Seidler hofft? Oder wird das düstere Kongresszentrum in Tateinheit mit dem Kongresshotel, das ja genauso wenig öffentlicher Raum ist, diese Trennung sogar noch zementieren? Was nützt die Plexiglasbrücke, wenn sie vor dem entscheidenden Hindernis zwischen Innenstadt und Martinsviertel endet? Und: Wie ändert sich die Campus-Atmosphäre, wenn das zentrale Hörsaalgebäude der TU Stadtmitte zwischen Tagungsort und Hotel für (Wissenschafts-)Manager eingezwängt wird? Solche Fragen werden Darmstadt sicher noch lange bewegen. Doch als größeres Problem für das öffentliche Leben könnte sich die Schräglage hinter der Fassade herausstellen.

„Mittelfristig verschwinden Kongresszentren aufgrund des verschärften Wettbewerbs vom Markt“, war der Stadt in einem selbst beauftragten Gutachten prophezeit worden. Für Säle mit der geplanten Kapazität von 1.600 Personen könne „keine Nachfrage“ festgestellt werden. Beratungsresistent und aufs Prestige versessen drückte OB Benz sein Projekt durch und fast alle klatschten Beifall. Nun zeigt sich die Kalkulation schon vor der

**ULI FRANKE Mitarbeit in der erweiterten Fraktion, Direktkandidat die LINKE für die Hessische Landtagswahl 2008**

Eröffnung als purer Zweckoptimismus und macht dem Namensgeber des Kongresszentrums alle Ehre: Das chemische Element Darmstadtium hat nämlich eine Halbwertszeit von gerade einmal 180 Mikrosekunden. Das Cybernarium bleibt eine Luftnummer und wird, wenn überhaupt, auf einem Drittel der geplanten Fläche mit reduziertem Mietpreis nur wenig zur Finanzierung beitragen können.

Auch die großen Kongresse sind offenbar noch nicht in Sicht, denn die Programminformation auf der Website kündigt außer zwei Messen nur zahlreiche Kulturveranstaltungen an. Nichts gegen Ballett, Musicals und Comedy - aber das Profil der Stadt sollte doch mit einem Kongress- und sogar Wissenschaftszentrum gestärkt werden und nicht mit einem Tigerpalast oder einer zweiten Centralstation. Jedenfalls muss die Stadt im ersten Betriebsjahr 2008 allein die laufenden Kosten mit ca. 2,5 Millionen Euro subventionieren. Über die Rückzahlung der Baukosten von 77 Millionen Euro, die bei einem Abschreibungszeitraum von 30 Jahren und einem Kreditzins von 5% in der Größenordnung von 5 Millionen Euro jährlich liegen müsste, braucht unter diesen Umständen wohl gar nicht nachgedacht zu werden.

Und was wäre, wenn es doch gelingen sollte, regelmäßig große Kongresse einzuwerben?

Es klingt fast wie eine Drohung, wenn der OB über einer möglichen Tagung des Bundesverbands mittelständischer Unternehmer mit 2000 Teilnehmern spekuliert, oder über die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, die von der Stadt

„geschluckt“ werden müsse (DE, 27.06.). Passt es eigentlich zum Darmstädter Lebensgefühl, wenn sich 1000 Geschäftsleute oder Wirtschaftsfunktionäre - wohl gemerkt: nicht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - in die Kneipen und Restaurants der Innenstadt und des Martinsviertels ergießen? Sieht so das neue Image der „Wissenschaftsstadt“ Darmstadt aus? Und erst jetzt wurde festgestellt, dass ein Leitsystem zum reibungslosen Abfluss des Kongress-Verkehrs fehlt. Also weitere Kosten, die sich nachträglich in den Haushalt schleichen. Und will man nicht am anderen Ende der Stadt durch die Nord-Ost-Umgehung für sehr viel Geld versuchen, den Verkehr aus der Innenstadt heraus zu halten? Die Bürgerinnen und Bürger haben außer Feinstaub und pulverisierten Steuergeldern wenig vom Kongresszentrum. Viele haben es geahnt: laut der diesjährigen Bürgerumfrage hielten zwei Drittel den Bau des Darmstadtiums und andere Prestige-Projekte für „eher unwichtig“, oder „unwichtig“. Sie setzen ihre Prioritäten auf die Bereitstellung von Kindergarten- und Hortplätzen und auf die Schulbausanierung (DE, 13.7.). Und genau dort muss nun gespart werden: den Darmstädter Schulen wurden gerade 260.000 Euro gestrichen, und die Stadt will nicht einmal 24.000 Euro Lernmittelzuschuss für die 300 Erstklässler aus Hartz-IV-Familien gewähren. Was hier für die Bildung fehlt, könnte durch den Zuschuss an das Kongresszentrum fast zehnfach gedeckt werden. Auch im Kulturhaushalt muss die Stadt zehn Prozent einsparen. Die freie Kulturszene wird darunter am stärksten zu leiden haben.



Das neue Kongresszentrum

# Berufsfeuerwehr in Darmstadt

## Katastrophale Zustände

von KARL HEINZ BÖCK

**Im August diesen Jahres besuchte unsere Fraktion, auf Einladung der verdi-Betriebsgruppe, die Darmstädter Berufsfeuerwehr. Wie im Vorfeld im „Darmstädter Echo“ schon berichtet, befürchtet die Darmstädter Berufsfeuerwehr auf Dauer ihre Einsatzfähigkeit zu verlieren.**

Aus dem Gespräch mit der Betriebsgruppe war zu erfahren, dass sich die personelle Situation beim einsatzfähigen Personal in den letzten Jahren verschlechtert hat. Dies liegt hauptsächlich daran, dass durch die Arbeitszeitverkürzung von 51 auf 48-Wochenstunden fünf zusätzliche Stellen vom Magistrat nicht besetzt wurden. Die räumliche Situation ist ähnlich katastrophal. Die Schlauchwaschanlage kann wegen sicherheitstechnischen Mängeln nicht mehr betrieben werden. Die Folgen: Ein Kollege muss regelmäßig zur Freiwilligen Feuerwehr nach Pfungstadt fahren und dort die Schläuche waschen. Er wird vom Einsatzpersonal abgestellt und fehlt bei einem eventuellen Ernstfall in Darmstadt.

Der zweite große Mangel ist die fehlende Atemschutzübungsstrecke. Feuerwehrleute müssen einmal im Jahr, um ihre Einsatzfähigkeit zu behalten, eine solche durchlaufen. In Darmstadt fehlt eine solche Anlage, eine ziemlich einmalige Angelegenheit in Deutschland. Die Übungen

werden zur Zeit bei der Firma Merck erledigt, die sich dies natürlich auch gut bezahlen lässt. Zu diesen Übungen fahren in der Regel vier Personen, diese müssen auch wieder von der Einsatzschicht gestellt werden. In dieser Zeit stehen sie auch nicht mehr für einen Ernstfall zur Verfügung. Die Betriebsgruppe bemerkte dazu, dass zwei parallel laufende Einsätze noch machbar wären, bei einem dritten aber schon erhebliche Probleme entstünden und die Einsatzfähigkeit dann in Frage gestellt wäre.

Bei einer anschließenden Führung über das Gelände konnten wir auch die „Bauruine“, sprich den noch im Bau befindlichen „Neubau“ der Berufsfeuerwehr besichtigen. Da keine Haushaltsmittel bereitgestellt werden ist mit einer Fertigstellung erst 2011 zu rechnen. Bestandteil dieses Neubauprojektes ist auch die oben schon erwähnte Atem-

schutzstrecke. An ihre Realisierung sind auch die Landeszuschüsse in Höhe von 900 Millionen Euro geknüpft.

Die Stadt Darmstadt scheint aber nicht mehr die dringende Notwendigkeit einer solchen Bahn zu sehen, da man die Einrichtung der Firma Merck nutzen könnte. Bei einer solchen Lösung würde die personelle Situation, wie oben schon erwähnt, nicht gelöst werden. Ob das Land Hes-

sen dann noch bereit wäre für den Neubau Zuschüsse zu geben ist auch sehr fraglich. Die Stadt würde unter Umständen auf den Gesamtkosten sitzen bleiben bzw. eine Bauruine würde das Gelände der Berufsfeuerwehr zieren.

### UNSERE MEINUNG.

*Wir versuchten mit einer kleinen Anfrage Hintergründe zu erfahren und fragten den Magistrat, wie die Fertigstellung des wichtigen Neubaus zu beschleunigen wäre. Die Antwort ließ lange auf sich warten und war nichtssagend. Wir werden weiter am Ball bleiben. Unsere Anfrage und die (Nicht)-Antwort der Stadt sind auf unserer Internetseite [www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de) nachzulesen*



dungschancen. Solange aber Kindern aus Hartz-IV-Familien und Geringverdienerhaushalten schon das Geld für die Anschaffung notwendiger Schulsachen fehlt, sind wir von gleichen Chancen in der Schule Lichtjahre entfernt.

Die Festsetzung der Regelsätze ist genauso, wie die Gesetzgebung im SGB II, Bundespolitik. Diese Feststellung wird von Kommunalpolitikern schnell (und gerne?) vorgetragen, um sich aus der Verantwortung für die arbeitslosen Menschen in der Stadt zu verabschieden. Der Verweis auf die Bundespolitik heißt nichts anderes, als die Eltern und Kinder mit ihren Sorgen und Ängsten allein zu lassen. Es muss jedoch eine Lösung für die betroffenen Eltern geben, und es gibt sehr wohl Handlungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene.

### Schulmittelfonds

Die Einrichtung eines städtischen Schulmittelfonds wäre eine solche Möglichkeit. Aus diesem „Topf“ sollen Hartz-IV-Bezieher, Arbeitslosengeld-I-Empfänger und Geringverdienende mit Wohngeldanspruch, sowie Asylbewerber eine Pauschale für die Einschulung und alle weiteren Schulstufen erhalten, die die wirklichen Kosten deckt.

### 80 Euro für jedes Kind

Die Stadt Oldenburg beispielsweise gewährt pro Schulkind und Schuljahr 50 Euro. In Osnabrück gibt es 50 Euro zum Beginn des 1., 5. und 11. Schuljahres. In Göttingen und in Mörfelden-Walldorf beträgt die Beihilfe 80 Euro für jedes Kind, das eingeschult wird und in München 100 Euro.

Wie man jüngsten Presseveröffentlichungen entnehmen konnte (Frankfurter Rundschau vom 25. 09.), hält der Sozialdezernent Partsch einen solchen Schulmittelfonds „derzeit aber für nicht umsetzbar“. Er verweist auf die angespannte städtische Haushaltslage und die Sparauflagen des Regierungspräsidiums, verspricht allerdings gleichzeitig eine ernsthafte Prüfung.

### UNSERE MEINUNG

*Das Regierungspräsidium gab im selben Artikel bereits grünes Licht: „Hier ist Not am Mann. Da dürfte es von uns aus keine Schwierigkeiten geben, aber das muss die Stadt entscheiden.“ Mit relativ geringen Mitteln hat es also die regierende „Ampelkoalition“ in Darmstadt in der Hand, einen konkreten Schritt gegen Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung umzusetzen. Einen Schritt der denen hilft, die sich am wenigsten wehren können: den Kindern.*



**IMPRESSUM**

**DARMSTADT Links**

Die Darmstadt Links. erscheint □ in vier Ausgaben pro Jahr. □ Auflage: 20000 Exemplare □ Leaut & Gestaltung Hans Ulrich Vergin

Die **LINKE.DARMSTADT** □ **STADTVERORDNETENFRAKTION** Landgraf-Philipp-Anlage 32 64289 DARMSTADT

**BÜROZEITEN**

Mo. 15<sup>00</sup> - 20<sup>00</sup> Uhr  
Mi. 16<sup>00</sup> - 19<sup>00</sup> Uhr

**TEI: 06151 / 6690310**  
**FAX: 06151 / 6690533**



Frank Gerfelder-Jung

# Hartz IV

## ... und die Schulkosten ?

**Im August 2007 erreichte die Zahl der Kinder bis 15 Jahre, die von staatlicher Unterstützung leben, nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit mit 2,6 Millionen einen traurigen Höchststand. Der Kinderschutzbund geht von etwa 2,8 bis 3 Millionen „armen“ Kindern aus – das entspricht rund 25 % der in Deutschland lebenden Menschen unter 16 Jahren**

Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „DIE LINKE“ teilte der zuständige Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) mit, dass derzeit in

Darmstadt 1.996 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren von SGB II- und 83 von SGB XII-Leistungen - also von Hartz IV - leben. In diesen Angaben nicht enthalten sind Aussagen zu Kindern die in Haushalten leben, die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz beziehen. ebenfalls keine Berücksichtigung findet die Zahl der Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zirka ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, sowie Kinder von „Illegalen“, die überhaupt kei-

ne Transferleistungen beantragen können, weil sie sonst ausgewiesen und abgeschoben werden. Auch denen, die Hartz IV durchgesetzt haben, fällt inzwischen auf, dass sie damit vor allem die Armut von Kindern vergrößert haben. Sie haben die Regelsätze von Schulkindern bis 14 Jahren auf das Niveau von Säuglingen und Kleinkindern gesenkt, den Heranwachsenden von 15 bis 18 Jahren den Wachstumsbedarf aberkannt und mit der Abschaffung der Schulbeihilfen die Bildungschancen der Kinder von Sozialleistungsbeziehern massiv verschlechtert

### 208 EU im Monat

Bei Hartz IV gibt es für ein Kind unter 14 Jahren 208 Euro im Monat. Diese 208 Euro setzen sich laut Gesetz aus vielen einzelnen Ausgaben-Positionen zusammen. Für Schulsachen ist jedoch kein einziger Cent vorgesehen. Wird ein Kind eingeschult, dann kostet die Grundausrüstung – Ranzen, Mäppchen, Turnbeutel, Schultüte usw. – zusammen rund 180 Euro. Auch wenn in einem Schuljahr nichts Besonderes angeschafft werden muss, läppern sich die Beträge für Hefte, Tintenpatronen oder Kopien ganz schön zusammen, auf mindestens 50 Euro jährlich.

In ihren „Sonntagsreden“ sprechen Politiker gern über gleiche Bil-

### ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

- Einladungen zu Treffen
- per Post     per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

**Die LINKE. DARMSTADT** □ **STADTVERORDNETENFRAKTION**  
**Landgraf-Philipp-Anlage 32**  
**64289 DARMSTADT**

